Abonnementspreis
vierteljährlich Mk. 2.25, durch die Post Mk. 2.70.
Annahme der Anzeigen: Marienstr. 38 b. Morg. 8—9 Uhr Abends. Sonntags b. Morg. 11—1 Uhr Mitt. Filiale: Gr. Meißnerg. 9 nur an Wochentagen bis 9 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., Anfündigungen auf der Privatseite pro Zeile 20 Pfg.; Familienanz. „unserm Stand" entsprechend 40 Pfg. Grundzeile für Vereine oder nach Vereinen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Anfündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Gebührliche werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe einsendeter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

12. Jahrgang. Dresden, 1897.

Neueste **Frühjahrs-Havelocks** für Herren.
Elegante Façons, beste Stoffe, von **10—30** Mk.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Von **Wagen-, Billard-, Uniform-, Livrée-, Besatz-** und **Mützen-Tuchen** in allen nur **echten** Farben hält grösstes Lager
Wilh. Böhme
Inhaber: Carl Lamprecht
Scheffelstrasse 6.

R. Beyer → Papier-Fabrik-Lager ←
Papier-Grossohandlung ← **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere**, Formate und Rollen in allen Grössen. **Schreib-, Post-, Druck-** und **Umschlag-Papiere. Imitirt. — fettdicht — echt —** und **Butter-Pergament. Weisse und farbige Seidenpapiere.**
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Gewissenhaft, mässige Preise.
Patent-Bureau Reichelt, Hauptstr. 4, Dresden-N.
Erwirkg. und Verwertg. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz.
Musterausstellung Auskunft kostenlos.
Teleph. Amt II. Nr. 20
Inhaber: **Emil Reichelt,** Ing. u. Patent-Anw.

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Waisenhausstrasse 34. ✦ L. Weidig. ✦ Waisenhausstrasse 34.
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris.**

Nr. 70. Spiegel: Griechische Diplomatie. Hofnachrichten, Naumann über die Konservativen, Kunst-Ausstellung, Remonte-Märkte, Thierärztliche Hochschule. Orgel-Abend, Internationale Kunst-Ausstellungen. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher. | **Donnerstag, 11. März.**

Politisches.

Die Griechen sind schlaue Diplomaten. Sie haben die Antwort auf das sogenannte Ultimatum, das nach der neuesten englischen Auffassung eigentlich gar kein Ultimatum gewesen sein soll, so abgefaßt, daß die Mächte zunächst nicht recht wissen, woran sie sind. Fast scheint es, als ob erst eine längere diplomatische Auseinandersetzung nothwendig werden solle, um festzustellen, ob die Note der griechischen Regierung eine strikte Ablehnung der von den Mächten erhobenen Forderungen oder einen Compromißvorschlag darstelle, über den man sich verständigen könne. In Deutschland überwiegt die Ansicht, daß Griechenland das Verlangen, seine Streitkräfte von Kreta zurückzuziehen, rundweg abgelehnt habe, während anderwärts die Auffassung vertreten wird, daß der Inhalt und der Ton der Antwort keineswegs das Beharren auf dem Standpunkt der Unbeugsamkeit bedeute. Besonders auffällig ist der Optimismus der Wiener Presse, die zum Theil im englischen Fahrwasser schwimmt. In den maßgebenden Kreisen der österreichischen Hauptstadt sieht man in der griechischen Antwort durchaus keine Verschärfung der Lage, sondern eher ein Zeichen, daß sich die griechische Regierung nicht schlechthin weigert, die ihr gebaute Brücke zum Rückzuge unter gewissen Voraussetzungen zu betreten. Man ersieht hieraus, daß die Griechen richtig spekulirt haben. Um Zeit zu gewinnen, haben sie durch ihre ausweichenden Erklärungen eine Basis geschaffen, auf der weiter verhandelt werden kann. So lange noch verhandelt wird, haben sie eine entscheidende Zwangsaktion sicherlich nicht zu befürchten. Diplomatische Noten — das haben die Griechen nunmehr zur Genüge erprobt — thun nicht weh, mögen sie auch in noch so scharfer Sprache abgefaßt sein. In dieser Erkenntniß haben sie ihrer Antwort einen Commentar beigefügt, der noch deutlicher als ihre Note selbst die Absicht verräth, die Grundlage zur Anknüpfung weiterer Unterhandlungen zu gewähren. Die griechischen Vertreter im Auslande sollen erklären, daß Griechenland bereit sei, sich dem Willen der Mächte zu fügen, wenn die Entscheidung über das Schicksal Kreta's in die Hände der Kreter gelegt wird. Ehe eine solche Volksabstimmung erfolgen kann, müßte natürlich erst die Ordnung auf der Insel wiederhergestellt werden. Zur Herstellung der Ordnung sollen aber nach dem famosen Vorschlag der griechischen Regierung in erster Linie die griechischen Truppen berufen sein. Wenn das zugelassen würde, so hieße das die faktische, wenn auch nicht nominelle Einverleibung Kreta's in das hellenische Königreich vollziehen und schließlich wäre es ja ganz selbstverständlich, daß sich die von griechischen Truppen occupirte Insel für die Vereinigung mit dem stammverwandten Griechenland aussprechen würde. Thatsächlich geht also der griechische Compromißvorschlag darauf aus, den Mächten eine Brücke zum Rückzug zu bauen.

John Bull ist der Erste, der sich beeilt, seine Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen mit Griechenland kundzugeben. In London wird die vollständige Verwerfung der griechischen Vorschläge bezweifelt; man glaubt vielmehr, es werde eine solche Antwort ertheilt werden, die nicht die unverzügliche Anwendung von Zwangsmaßregeln erheische, sondern neue Unterhandlungen zwischen den Mächten nöthig machen werde. Das ist eben das, was die Griechen zunächst wollen, und man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die griechische Antwortnote unter englischem Einflusse redigirt worden ist. In der That ist Lord Salisbury gleich nach der Absendung des angeblichen Ultimatums in vertrauliche Unterhandlungen mit der Athener Regierung eingetreten. Auch die englische Damenpolitik scheint dabei fortgesetzt thätig zu sein. Der Premierminister konferirte wiederholt über die griechische Angelegenheit mit der Königin und der Prinzessin von Wales. Auch in Frankreich vollzieht sich in der öffentlichen Meinung der Umschwung zu Gunsten Griechenlands. Die Pariser Presse spricht sich im Allgemeinen über die Forderung der Athener, das definitive Schicksal Kretas durch ein Plebiscit entscheiden zu lassen, günstig aus. Das Regierungsblatt, der „Temps" meint, daß die griechische Antwortnote eine Lösung gestatte, die den Mächten Genugthuung gewähre, ohne daß die nationalen Aspirationen der Griechen verletzt würden.

Unter diesen Umständen scheint die europäische Zwangsaktion, von der schon seit Wochen so viel geredet worden ist, bis auf Weiteres vertagt zu sein. Vermuthlich wird sie überhaupt nicht zu Stande kommen. Zwar hieß es, daß die europäischen Geschwaderchefs bereits einmüthig ihre Vorschläge für den jetzt eingetretenen Fall ausgearbeitet und den Regierungen unterbreitet haben. Aber die Geschwaderchefs sind nicht die Mächte und von den Kabinetten von London, Paris und Rom ist kaum zu erwarten, daß sie die Vorschläge der Admirale annehmen werden. Der französische Ministerpräsident hat ausdrücklich der Deputirtenkammer die Versicherung gegeben, daß die Regierung nichts von Bedeutung unternehmen werde, ohne die Volksvertretung um Rath zu fragen. Dieselben Rücksichten wie die französische werden auch das italienische und das englische Kabinet zu nehmen haben. Welchen Werth aber militärische Aktionen haben, die der parlamentarischen Begutachtung und Kontrole unterliegen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Wie denkt man sich überhaupt die Ausführung einer europäischen Zwangsaktion? Wie viel Mühen hat es gekostet, die Einigkeit der Mächte auf diplomatischem Gebiete zu Stande zu bringen und aufrecht zu erhalten; auf längere Dauer wird, wie sich ja jetzt zeigt, auch nicht einmal die diplomatische Einigkeit sich ermöglichen lassen. Unsäglich schwieriger und bedenklicher würde es aber sein, eine Einigkeit der Mächte für gemeinsame militärische Maßnahmen zu erzielen und diese wirklich durchzuführen. Sobald nur eine Macht irgend einer Disposition widerstrebte, würde die ganze Aktion illusorisch werden und es würde daraus leicht die Gefahr entstehen, daß die gemeinschaftlichen Operationen eine Quelle von Streit, Rivalität und Uneinigkeit würden.

Die deutsche Regierung scheint sich angesichts der wachsenden Schwierigkeiten anzuschicken, in das Fahrwasser der bewährten Bismarck'schen Orientpolitik zurückzukehren, um die weitere Entwickelung der Krise in vorsichtiger Reserve abzuwarten. Die gesammte öffentliche Meinung in Deutschland würde das mit Genugthuung begrüßen. Man dürfte inzwischen an maßgebender Stelle in Berlin gegenüber der herrschenden Strömung, die sich einmüthig zu der Ansicht des Altreichskanzlers bekennt, eingesehen haben, welchen schweren Stand die Regierung haben würde, wenn sie sich rechtfertigen sollte, daß deutsches Blut für die fragwürdigen Interessen der Türkei oder Kretas vergossen wird. Selbst Eugen Richter, dessen Streben es gewesen ist, dem großen Kanzler, so lange er im Amte war, auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik durch seine unaufhörlichen Nörgeleien Hindernisse und Schwierigkeiten zu bereiten, beruft sich auf die Autorität des Fürsten Bismarck. Diese Werthschätzung, deren sich heute die auswärtige deutschnationale Politik Bismarck's bei dem Führer des Freisinns zu erfreuen hat, beweist zur Genüge, wie unberechtigt und unpatriotisch Eugen Richter's unentwegte oppositionelle Taktik gegen den gewaltigen diplomatischen Meister ehedem gewesen ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. März.

Berlin. Reichstag. Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Dr. Rudolphi (Centr.) durch Erheben von den Plätzen. Auf der Tagesordnung steht der Antrag Graf Schwerin-Löwitz, Paasche und Genossen wegen Beschränkung des Zollkredits bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten. Bei Annahme gemischter Transitläger und Bewilligung von Mühlenkonten soll eine 4prozentige Verzinsung des Zollbetrags erfolgen, ferner soll die Giltigkeit der Einfuhrscheine sofort mit ihrer Ausstellung beginnen, statt wie bisher erst nach 4 Monaten. — Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) begründet den Antrag, darauf hinweisend, welchen Vorschub die zinsfreie Zollkreditgewährung spekulativen Getreideeinfuhr leiste. Für die Preisentwickelung jeder Waare sei außerdem nichts so bestimmend wie die sichtbare Menge der Waare. Für die großen Mühlen seien die Zollkredite ein noch größeres Benefizium als die Rendements-Bestimmungen. Das Allerbeste wäre die einfache Aufhebung aller Transitläger und Mühlenkonten. Vortheile hätten nur die Großbetriebe, umso mehr sei es berechtigt, zinsfreie Kredite überhaupt nicht mehr zu gewähren. — Abg. Rickert (Freis. Ver.) spricht gegen den Antrag. Wie wenig Gefahren die Zollkredite und Transitläger für die Landwirthschaft in sich schließen, beweisen die Exportziffern von Danzig im Jahre 1894/95, es seien da zusammen, das Mehl in Getreide umgerechnet, zu einem Rendement von 66⅔ Proz. ausgeführt worden 286,000 Doppelcentner Getreide, dagegen importirt nur 245,000 Doppelcentner, es sei also heimisches Getreide exportirt worden. Gerade dadurch, daß dem Handel ein derartiger Exportverkehr möglich sei, sei er auch im Stande, für das heimische Getreide ganz andere Preise zu zahlen, als er dies sonst zu thun vermöchte. Durch den Antrag würden die preußischen Hafenplätze gegenüber Hamburg und Bremen und vor Allem auch gegenüber den russischen Häfen herabgedrückt und im günstigsten Fall eine Bevorzugung der großen Firmen erreicht auf Kosten der kleinen, welche auch die kleinste Erhöhung ihrer Geschäftsunkosten nicht ertragen könnten. — Abg. Gerstenberger erklärt die prinzipielle Zustimmung des Centrums zu dem Antrag, welcher die Bevorzugung einiger Weniger eines einzelnen Standes beseitigen wolle. — Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Aus Petitionen und sonstigen Zuschriften von kleineren Müllern gehe hinlänglich hervor, wie sehr gerade von diesen die der Großmüllerei gewährten Mühlenkonten mit Zollkrediten als ungerechte Bevorzugung empfunden würden. Redner verwahrt sich gegen die Angriffe Richter's im Abgeordnetenhause und in der „Freis. Ztg.". Seine eigenen Aeußerungen, auf welche Richter seine Angriffe gestützt habe, hätten sich auf Börsen-Notirungen bezogen und gar nicht auf Mühlenkonten. Seine Angabe, daß die Berliner Mühlen minderwerthige Waare angekauft haben, halte er aufrecht; ein Gewährsmann, den er eventuell nennen könne, habe ihm das bestätigt. Er appellire an die verbündeten Regierungen, daß sie Hand anlegen und dafür sorgen, daß nicht die kleinen Müller der Proletarisirung verfallen. — Abg. Fischbeck (Freis. Volksp.): Nachdem Graf Arnim sich bereit erklärt hat, den Namen seines Gewährsmanns für seine Anschuldigungen zu nennen, könne er, Redner, alles Weitere ruhig der Berliner Kaufmannschaft überlassen. Der vorliegende Antrag bedeute eine neue Ausnahmemaßregel gegen den verhaßten Handel. Wenn man die Transitläger im Inlande todt mache, so würden sich die betreffenden Geschäfte in das Ausland oder in die Freihäfen nach Hamburg und Bremen verlegen müssen, lediglich zum Nachtheile unseres Ostens und ohne daß davon die Landwirthschaft irgend welche Vortheile habe. — Abg. Graf Kanitz (kons.) führt aus, daß für einen Theil des Getreides auf Transitläger und Mühlenkonten der Zollkredit je nach der Einlieferung wegen der Abrechnungsweise sich sogar auf fast vier Monate belaufe. Wenn der Zollkredit eine so bescheidene Vergünstigung sei, wie man es darstelle, weshalb sträube man sich da so sehr gegen dessen Aufhebung? Er selbst lege den Schwerpunkt der ganzen Reform gerade auf die Beseitigung der Zollkredite für die Mühlen und auf Aenderung der Rendements-Verhältnisse. Von den tausenden von Mühlen in Deutschland hätten überhaupt nur 111 den Vortheil von den Zollkrediten. — Abg. Hilpert (Bayer. Bauernbund) tritt ebenfalls kurz für den Antrag ein. — Abg. Meyer-Danzig (freikons.): Daß die Zollkredite eine Begünstigung des ausländischen Getreides gegenüber dem inländischen seien, lasse sich nicht bestreiten. Nothwendig sei die Aufhebung der Zollkredite und der Transitläger auf jeden Fall bezüglich aller der Läger, welche nicht wirkliche Export-Transitläger seien, sondern nur dem Zwecke dienten, für das Getreide, welches schließlich doch in's Inland gebracht werde, die Zollzahlung hinauszuschieben. Die Danziger Läger seien allerdings wirkliche Transitläger für den Export und volkswirthschaftlich berechtigt. Aber wenn Danzig jetzt mit leiden solle, so liege die Schuld an Denen, welche gleich Rickert sich immer gegen jedes Vorgehen, auch gegen die Zollzahlungs-Hinausschiebungs-Stellen gesträubt hätten. — Schatzsekretär Graf Posadowsky bemerkt zunächst auf eine Aeußerung Rickert's, er habe bei früherer Gelegenheit allerdings gesagt, theoretisch sei es möglich, daß Getreide volle fünf Jahre auf Transitlager bleiben könne. (Hört, hört! rechts.) In der Praxis halte er das allerdings für ausgeschlossen, da bei so langem Lagern die Gefahr des Dumpfigwerdens, Mäusefraßes u. s. w. zu groß wäre. (Hört, hört! links. Heiterkeit.) Zu der vorliegenden Frage habe der Bundesrath noch nicht Stellung genommen. Der Schatzsekretär weist sodann noch den Vorwurf zurück, daß Einfuhrscheine auch bei der Ausfuhr auf Neptunmehl gewährt worden seien. Man sei gerade jetzt dabei, ein Verfahren zu finden, um das Rendement bei gebeuteltem bezw. Neptunmehl genau festzustellen. Jedenfalls komme hierbei nicht nur das Interesse der Großmüllerei, sondern auch das der kleinen Müller und der Landwirthe in Betracht, denn wenn das Rendement zu niedrig gegriffen sei, so bedeute das, daß gewisse Mengen Getreide zollfrei eingingen. — Abg. Rettich (kons.) tritt für den Antrag ein. — Abg. Graf Arnim erklärt, sein Gewährsmann in der Berliner Mühlen-Angelegenheit sei der Produktenmakler Bertinetti. — Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Barth, Richter, Fischbeck, Graf Arnim, Ritter, Graf Schwerin-Löwitz und nach einem Schlußwort Paasche wird der Antrag gegen die entschiedene Linke angenommen. — Morgen: Antrag Auer betr. Rechtsverhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter, Antrag Mantenffel betr. Bäckereiverordnung.

Berlin. Im Abgeordnetenhause machte der Präsident Mittheilung von dem Ableben des Abg. Dr. Rudolphi, der seit 27 Jahren dem Hause angehört hat. Dann wurde die Berathung des Eisenbahn-Etats fortgesetzt und zunächst das Kleinbahnwesen behandelt. Hierauf wandte sich die Debatte dem Tarifwesen zu, wozu Dr. Brömel (Freis. Ver.) Vereinfachung und Verbilligung der Personen-Gepäcktarife auf den preußischen Staatsbahnen beantragte. Nach längerer Debatte, in welcher auch die Zustände auf der Berliner Stadt- und Ringbahn eingehend behandelt wurden, wurde über den Antrag Brömel zur Tagesordnung übergegangen. Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser empfing heute den Landrath des Kreises Teltow und den Baurath Schwechten in Sachen der Errichtung eines Kaiser-Wilhelmthurms seitens des Kreises Teltow. — Der Staatssekretär des Marineamts Admiral Hollmann soll der „Nat.-Ztg." zufolge entschlossen sein, zurückzutreten, wenn er die Forderungen des Etatentwurfs für 1897/98 nicht im Wesentlichen durchzusetzen vermag; im Centrum soll man aber bis jetzt daran festhalten, von den neuen in diesem Etat verlangten Schiffsbauten nur das Panzerschiff 1. Klasse, nicht die beiden Kreuzer, zu bewilligen. — Der „Nordd. Allg. Ztg." wird zur kretischen Angelegenheit aus Wien gemeldet: Von gut informirter Seite erfahre ich, daß die Admirale der bei Kreta versammelten Schiffe der Großmächte zur Zwangsaktion gegen Griechenland bereit sind, sobald die entsprechenden Instruktionen der Mächte an sie erfolgt sind, was in zwei bis drei Tagen erwartet wird. Vorerst dürfte wahrscheinlich eine Flottendemonstration vor sich gehen; falls diese wider Erwarten vergeblich sein sollte, würden die weiteren Zwangsmaßregeln eintreten und die griechische Flotte nach dem Hafen Milos dirigirt werden, wo wenige Torpedoboote der Großmächte genügen würden, um sie in Schach zu halten. — Staatssekretär v. Stephan beabsichtigt, dem 5. Weltpostkongreß, der in Washington am 5. Mai zusammentritt, beizuwohnen. Ministerialdirektor Fritsch und Geh. Postrath Neumann werden ihn dorthin begleiten. Von deutscher Seite wird auf dem Kongreß der Wegfall der Post-Transitgebühren beantragt. Ferner ist der Beitritt von China zum Weltpostverein zu erwarten, da man dort Briefposten nach deutschem Muster durchzuführen sich anschickt.

Berlin. Hugo Stangen's Orient-Exkursionsdampfer „Eldorado" ist heute wohlbehalten in Malta angekommen.

Köln. In der letzten Sitzung des Kohlensyndikats erklärte der Vorsitzende, der Höhepunkt geschäftlicher Thätigkeit sei unverkennbar erreicht, vielleicht schon überschritten; bei dem Nachlassen der Industrie wolle man die jetzigen und die Preise für 1898 unbedingt halten, nöthigenfalls Förder-Einschränkungen verfügen.

Dortmund. Die Stadtverordneten bewilligten 4 Millionen für Errichtung einer Thalsperre bei Schwerte a. d. Ruhr.

Spandau. In der hiesigen Artilleriewerkstatt zersprang ein elektrisch getriebener Schleifstein. Ein Monteur kam um's Leben, ein Maschinenmeister und ein Monteur wurden schwer, zwei Schleifer leicht verletzt.

Thorn. In Mocker und Thorn sind über 30 Personen an Trichinosis erkrankt, darunter viele schwer. Ein 19jähriger Lehrling ist bereits gestorben. Die verdächtigen Vorräthe sind beschlagnahmt.

Wien. Bei den Wahlen zum Reichsrath in der allgemeinen Kurie wurden in Istrien Bartoli (italienisch-national), in Görz Gregorcic (slovenisch-radikal) und in Krain Krek (christlich-sozial) gewählt. — In Prag wurde der Landtag heute geschlossen.

Paris. Der „Agence Havas" wird aus Kanea gemeldet, daß seit gestern italienische und englische Transportschiffe mit Truppen an Bord auf der Rhede liegen. Die Christen haben sich unter das Protektorat Frankreichs gestellt und erwarten ungeduldig die Ankunft französischer Truppen.

Bern. Der vom Nationalrath niedergesetzte Ausschuß hat den Gesetzentwurf betreffend die Einführung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung unter finanzieller Mithilfe des Bundes einstimmig angenommen.

Bern. Die heute bei dem Schweizer Bahn-Departement angelangte Antwort der Nordostbahn auf die Arbeiterforderungen lautet ablehnend. Auf Veranlassung des Bahn-Departements wird das Centralkomitee der Eisenbahn noch einen Versuch der Verständigung machen. Sollten die Verhandlungen kein für das Personal befriedigendes Ergebniß haben, oder sollte in der Ausführung der gemachten Zusagen Verzug eintreten, so erscheint der Ausstand unvermeidlich.

Madrid. Wie aus Manila gemeldet wird, verlangte General Polavieja 20 Bataillone Verstärkung. Gleichzeitig wird berichtet, daß Polavieja erkrankt ist.

Windsor. Die Königin Victoria hat sich heute nach Portsmouth begeben, um von dort nach Nizza weiterzureisen. Die Kaiserin Friedrich begab sich nach der Abreise der Königin nach London, woselbst sie bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland verbleibt.

Pfund's berühmte Kinder-Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 29.